



Nr. 78 | 08.07.2025

## Belarus-Analysen

### Die Beziehungen zwischen Belarus und den USA

|   |    |
|---|----|
| <b>ANALYSE</b>  |    |
| Was die neue US-Außenpolitik für Belarus bedeutet<br>Katsiaryna Shmatsina (Lawfare Institute, Washington, D.C.) | 2  |
| <b>DEKODER</b>  |    |
| »Er lebt und wir sind wieder vereint und entschlossen«<br>Alexander Klaskowski, Artyom Shraibman                | 6  |
| <b>UMFRAGEN</b>   |    |
| Einstellung der Belarus*innen zu Sanktionen   | 8  |
| <b>CHRONIK</b>  |    |
| Hinweis auf die Online-Chronik  | 10 |

## Was die neue US-Außenpolitik für Belarus bedeutet

Katsiaryna Shmatsina (Lawfare Institute, Washington, D.C.)

DOI: 10.31205/BA.078.01

### Zusammenfassung

Während die US-Administration unter Präsident Trump eine neue Außenpolitik formuliert, bleibt Belarus dort weiterhin ein blinder Fleck: Das Land wird eher als untergeordnetes Element des Problems Russland, denn als ein Land mit einer eigenen Entwicklungsbahn wahrgenommen. Diese Analyse untersucht, inwieweit der Ansatz Washingtons in Bezug auf Belarus durch das Gedächtnis in den Institutionen und durch strategische Abwägungen und Kompromissen geprägt ist. Der Beitrag spürt der Frage nach, wie ein erneuertes Engagement aussehen könnte: angefangen von Verhandlungen über die politischen Häftlinge bis hin zu schwindender Unterstützung für die Zivilgesellschaft.

*Text geschrieben am 01. Juli 2025*

Das Tempo und die Richtung der geopolitischen Entwicklungen sind fluide, schwer absehbar und zunehmend von Akteuren bestimmt, die widerstreitende Agenden verfolgen. Angesichts dieser Umstände bleibt es ungewiss, ob die Vereinigten Staaten sich weiterhin für die derzeitigen Gespräche zwischen Russland und der Ukraine – ein Thema, die die US-Agenda seit Trumps zweitem Amtsantritt bestimmt – engagieren oder sich einfach zurückziehen werden. Gleichzeitig ist Belarus in seiner eigenen abwärtsführenden autoritären Spirale gefangen. Das Regime setzt auf eine potenzielle Annäherung an die Trump-Administration, die politische Opposition im Exil sucht hingegen nach Wegen, um für politische Kreise in Washington relevant zu bleiben.

### Blick aus Washington

Belarus wird von vielen in Washington kaum von Russland unterschieden. Die Nuancen der Entwicklungen innerhalb des Landes, seine spezifische Identität, politische Kultur und Zivilgesellschaft werden oft nicht beachtet, es sei denn, ein\*e Politiker\*in konzentriert sich besonders auf diese Region. In der Praxis scheint die US-amerikanische Politik gegenüber Belarus den breiteren Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den USA und Russland zu folgen, denn auf eine spezifische Belarus-Strategie gestützt zu sein.

Ein Artikel in der New York Times vom 15. Februar 2025 lieferte einen dezenten Hinweis auf kommende gewichtige Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Belarus und den USA. Dort wurde berichtet, dass führende US-Diplomaten nach Minsk geflogen seien, um über eine Freilassung politischer Häftlinge im Gegenzug für eine mögliche Aufhebung von Sanktionen zu verhandeln. Den Gesprächen mit Politiker\*innen in Washington zufolge, die dem Artikel zugrunde liegen, gibt es ein neues, wenn auch begrenztes Interesse an einem Engagement, das von zwei Faktoren getrieben

wird. Zum einen gibt es zunehmend Forderungen aus der Zivilgesellschaft, angesichts der schlimmen Haftbedingungen humanitäre Verhandlungen zu priorisieren. Noch wichtiger sind die Sorgen der USA in Bezug auf die Stabilität in der Region und die Rolle von Belarus in der militärischen Agenda des Kreml.

Innerhalb des State Departments, insbesondere bei jenen, die sich mit Osteuropa befassen, ist das institutionelle Gedächtnis oft auf die Jahre nach der Krim-Annektion konzentriert, auf eine Zeit, in der Lukaschenka versuchte, Belarus als das im Vergleich zu Moskau geringere Übel darzustellen, und sich selbst als einen Staatsführer, der in Belarus, vor der Haustür der NATO, für Stabilität sorgen kann. So fehlerbehaftet diese Phase auch gewesen sein mag, so ist sie doch automatisch der Bezugspunkt für alle Gespräche über ein erneuertes Engagement.

### Gesetzgeberische Bemühungen und Unterstützung für die Zivilgesellschaft

2020 wurde im US-Kongress mit der Unterstützung beider Parteien der »Belarus Democracy, Human Rights, and Sovereignty Act« verabschiedet. Es war ein Meilenstein, der zum Teil durch anhaltendes Betreiben der belarussischen Diaspora ermöglicht wurde. Das Gesetz aktualisierte den »Belarus Democracy Act« von 2004, der Lukaschenka formal seine Legitimität als Präsident absprach und Unterstützung für die politischen Gefangenen versprach. Darüber hinaus wurden dadurch finanzielle Hilfen für unabhängige Medien und die Zivilgesellschaft bewilligt, unter anderem, um russischer Desinformation entgegenzuwirken und eine akkurate Berichterstattung über den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu ermöglichen.

2024 allerdings gerieten die Bemühungen, das Gesetz zu erneuern, ins Stocken. Der vorgelegte Entwurf wurde an die Ausschüsse verwiesen, wo es allerdings monatelang keine Fortschritte gab. Das spiegelte die veränderten innenpolitischen Prioritäten in den Ver-

einigten Staaten wider, die zunehmend von den bevorstehenden Wahlen beherrscht wurden. Diese gesetzgeberische Stagnation führt dazu, dass es für die belarusische Frage in Washington keinen Anhaltspunkt zur Verfolgung der Interessen des Landes gab, wie auch keine Mechanismen, um im Haushalt eine Unterstützung für die belarusische Zivilgesellschaft zu verankern. Bis Mai 2025 ist der Gesetzentwurf erneut eingebracht und dann wieder in den Ausschuss verwiesen worden, was für vorsichtigen Optimismus sorgt, auch wenn konkrete Ergebnisse noch abzuwarten sind.

### **Rückgang der Unterstützung mit Soft Power**

Da die neue US-Administration weitreichende Ausgabenkürzungen angekündigt hat, etwa Einsparungen bei der technischen und Entwicklungshilfe, ein Ende der Finanzierung von Radio Free Europe/Radio Liberty und beispielsweise die Streichung der 2,4 Millionen US-Dollar für das Programm »Responding to Disinformation Through Creative Content in Belarus«, hinterlässt dieser Rückzug aus dem Bereich der Soft Power ein Vakuum. Diese Kürzungen sind für die belarusische Zivilgesellschaft im Exil höchst schädlich.

Europäische Partner wie die Tschechische Republik, in der sich das Büro von Radio Liberty befindet, versuchen diese Lücke zu schließen. Die Europäische Union sieht sich zunehmend in einer Situation, in der sie einspringen muss, wobei ihr bewusst wird, dass Soft Power keine Wohltätigkeit ist, sondern ein sicherheitspolitisches Instrument. Dieser Wandel macht deutlich, wie wichtig externe demokratische Unterstützung für Belarus ist, insbesondere angesichts des Umstandes, dass das Regime zunehmend die Schrauben anzieht und abweichende Meinungen unterdrückt.

Die US-amerikanische Belarus-Politik hat einen vollen Zyklus durchlaufen, von einer Entfremdung vom Regime und dem Versprechen, die prodemokratischen Kräfte zu unterstützen (z. B. durch den »Belarus Democracy Act«) bis hin zu einer Öffnung für eine vorsichtige Zusammenarbeit mit dem Regime von Lukaschenka.

### **Die Beziehungen zwischen Belarus und den USA: Eine Chronologie der Höhen und Tiefen**

Die Vereinigten Staaten gehörten zu den ersten Staaten, die nach den Belowesher Vereinbarungen von 1991 die Unabhängigkeit von Belarus anerkannten. Der damalige Staatsführer Stanislaw Schuschkewitsch hatte zusammen mit Boris Jelzin und Leonid Krawtschuk die Verkündung der Vereinbarungen telefonisch mit US-Präsident George Bush koordiniert, um sicherzustellen, dass die neuen Staaten im Falle einer endgültigen Auflösung der Sowjetunion anerkannt werden.

Das Engagement der USA gegenüber Belarus konzentrierte sich zunächst auf das von der Sowjetunion geerbte Atomwaffenarsenal des Landes. Bis zur ersten Präsidentschaftswahl hatte sich das Land zu einer vollständigen atomaren Abrüstung verpflichtet, indem es das Protokoll von Lissabon unterzeichnete und dadurch dem Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen (START) beitrug.

Diese kurze Periode des Optimismus kulminierte in einem markanten Ereignis, nämlich dem Besuch von US-Präsident Bill Clinton 1994 in Minsk. Er verbrachte sechs Stunden in der Hauptstadt, hielt eine Rede in der Akademie der Wissenschaften, besuchte Kurapaty, den Ort der stalinistischen Massenhinrichtungen, und traf sich öffentlich mit Vertreter\*innen der Gesellschaft. Bis heute ist es der einzige Besuch eines amtierenden US-Präsidenten in Belarus geblieben; in den belarusischen Medien erinnert man sich immer noch mit einer gewissen Nostalgie an ihn.

1996 begann Präsident Aljaksandr Lukaschenka, seine Macht zu konsolidieren. Das Verfassungsreferendum von 2004, durch das die Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten aufgehoben wurde, und die gewaltsame Niederschlagung von Protesten nach den Wahlen von 2006 führten zu einer Reihe von US-Sanktionen gegen belarusische Offizielle, Unternehmen und die engere Umgebung von Lukaschenka. 2009–2010 folgte eine kurze Tauwetterperiode.

Nach der Annexion der Krim durch Russland versuchte Lukaschenka, sich als das »geringere Übel« darzustellen, wobei er Stabilität vor der Haustür der NATO in Aussicht stellte, obwohl doch die demokratischen Institutionen in Belarus verkümmerten. Dieser Ansatz führte dazu, dass es wieder Kontakte auf hoher Ebene gab. 2015 besuchte Eric Rubin, ein für Osteuropa und den Kaukasus zuständiger stellvertretender Referatsleiter im US-Außenministerium, Minsk. 2019 folgten der Nationale Sicherheitsberater John Bolton und 2020 Außenminister Mike Pompeo. Pomepos Reise durch die Region (unter anderem nach Belarus, in die Ukraine und nach Kasachstan) war durch den Versuch motiviert, der wachsenden chinesischen Präsenz etwas entgegenzusetzen und Energiealternativen zu russischem Öl anzubieten.

Nach den Protesten von 2020 und der belarusischen Unterstützung für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine verhängten die USA neue Sanktionen und kappten diplomatische Verbindungen. Die US-Botschaft in Minsk arbeitet auf Minimalniveau: Sie organisiert für besuchende Delegationen die Logistik und kümmert sich um Notfälle wie etwa US-Bürger\*innen, die in Belarus verhaftet wurden. Für das Land gilt weiterhin die höchste Reisewarnstufe des US-Außenministeriums.

## Belarus in der Trump-Doktrin

Wer das Trump-Lager von einer aktiveren Belarus-Politik überzeugen will, muss sich auf einen Schlüsselfaktor konzentrieren, nämlich auf den Versuch, dem Präsidenten auszumalen, wie gut er bei einem Erfolg dastehen würde. Sowohl das belarusische Regime, das die Beziehungen mit der neuen Administration wiederherstellen will, als auch die Opposition im Exil, die bestrebt ist, für politische Kreise in den USA relevant zu bleiben, verfolgen diesen Ansatz.

Am Tag der Präsidentschaftswahlen in Belarus und eine Woche nach der Amtseinführung von Trump ließ das Lukaschenka-Regime »einseitig« eine festgenommene US-Bürgerin frei. Das war eine kalkulierte Geste, um die Aufmerksamkeit Washingtons zu erlangen. Die Meldung sorgte in den US-Medien tatsächlich für Schlagzeilen und wurde von Außenminister Marco Rubio sowie der Sprecherin des Weißen Hauses aufgegriffen. Die prodemokratischen Kräfte wiederum dankten den USA für deren »Frieden durch Stärke«-Agenda, als im Februar mehrere Gefangene mit Unterstützung des US-Außenministerium freikamen.

Im Juni 2025 kam es zu einer wichtigen Entwicklung, als der US-Sonderbeauftragte General Keith Kellogg Minsk einen Besuch abstattete. Während seines Besuches ließen die belarusischen Behörden Sjarhej Zichanouski und weitere 13 politischen Gefangenen frei; Zichanouski hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2020 kandidieren wollen. In den nachfolgenden Tagen wurden einige weitere politische Gefangene freigelassen. Allerdings kam es zur gleichen Zeit auch zu neuen Festnahmen, was deutlich machte, dass es sich hier nicht um eine echte Liberalisierung handelte.

Lukaschenka behauptete, die Amerikaner seien zuerst auf ihn zugegangen und hätten ihm erklärt, dass er für Friedensverhandlungen zur Ukraine potenziell von Bedeutung sein könne. In Washington hatte es in der Tat Diskussionen gegeben, ob man Sanktionen durch Schritte im humanitären Bereich abmildern könnte; zudem wurde festzustellen versucht, wie groß die belarusische Abhängigkeit von Moskau ist. Dieses Narrativ liegt freilich auf einer Linie mit Lukaschenkas Interessen und wird wohl über informelle Kanäle wie Lobbyist\*innen oder regimetreue Expert\*innen weiterverbreitet werden. Die Wirklichkeit sieht aber so aus, dass ein wesentlicher Durchbruch bei der Ukraine-Frage, an dem Belarus beteiligt wäre, zuvor eine Zustimmung Moskaus erfordern würde. Lukaschenkas Kontrolle über das Territorium von Belarus ist hinsichtlich einer Nutzung für russische Militäroperationen nur begrenzt. Somit dürfte wohl jede Geste, die Minsk in Richtung einer Zusammenarbeit macht, auf Anweisungen aus Moskau zurückzuführen sein. In diesem Kontext birgt jede Abmilderung der Sanktionen gegen

Belarus das Risiko, dass sich für Russland die Last der Kosten verringert, die sich aus der Aufgabe ergeben, das belarusische Regime zu aufrechtzuerhalten, das wegen seiner Unterstützung bei Moskaus großangelegtem Angriffskrieg gegen die Ukraine international isoliert ist.

Die Repressionen in Belarus sind keine Antwort auf einen Druck des Westens. Sie sind ein Präventivschlag gegen das eigene Volk, der der fehlenden Legitimität und der Angst entspringt. Diejenigen, die 2020 ihre Stimme erhoben, werden noch immer verfolgt, auch rückwirkend. Eine echte Liberalisierung erscheint unwahrscheinlich, und es wäre unrealistisch zu erwarten, dass Oppositionsaktivist\*innen sicher aus dem Exil zurückkehren können, ohne Angst vor einer Vergeltung haben zu müssen.

Nichtsdestotrotz ist ein begrenztes Übereinkommen – politische Gefangene gegen Milderung der Sanktionen – weiterhin vorstellbar.

## Der Faktor Russland

Eine Schlüsselfrage, die in politischen Kreisen in Washington kursiert, besteht darin, wie groß Lukaschenkas Autonomie gegenüber Moskau ist.

Kürzlich hat Russland wieder damit begonnen, den belarusischen Luftraum für Aufklärungsflüge zu nutzen, um Angriffe gegen die Ukraine mit Marschflugkörpern vorzubereiten. Im April 2025 warnte der ukrainische Präsident Selenskyj, dass Russland die Ukraine erneut von belarusischem Territorium aus angreifen könnte. Anfangs hatte Belarus als Aufmarschgebiet für die Vollinvasion von 2022 gedient. Seitdem hat sich die Rolle des Landes hin zu einer Logistikbasis zur Unterstützung der russischen Streitkräfte verschoben: Jetzt warten belarusische Staatsunternehmen russisches Kriegsgerät und setzen es instand.

Bislang hat die Trump-Administration bei ihrer aktuellen Anbahnung von Gesprächen Belarus nicht ausdrücklich erwähnt. Das markiert eine merkliche Abkehr vom Vorgehen der Biden-Administration, die ausdrücklich zusätzliche Sanktionen gegen Belarus verhängt hatte, weil Minsk den Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützte.

Unterhalb des Washingtoner Radars zu bleiben, könnte in der Tat belarusischen Interessen dienen, insbesondere angesichts der zunehmenden Kritik an Präsident Selenskyj und der sichtlich nachlassenden Unterstützung der USA für die Ukraine. In diesem Kontext verheißt eine Aufmerksamkeit im politischen Diskurs der Vereinigten Staaten keine Garantie für eine anhaltende Unterstützung.

In diesem Kontext passt die belarusische Opposition ihre Botschaften und ihr Vorgehen sorgsam an, um weiterhin im Kongress bei beiden Parteien Unterstützung

zu finden und nicht in innenpolitische Grabenkämpfe der USA verwickelt zu werden.

### **Nukleare Posen vor der Haustür der NATO**

Derzeit werden taktische Atomwaffen in Belarus stationiert, weitgehend als rhetorisches Posieren, denn aus logistischen Vorteilen heraus. Schließlich verfügt Russland in Kaliningrad über ein weitaus ernster zu nehmendes Atomwaffenarsenal und könnte genauso leicht von Smolensk aus Ziele in Europa erreichen. Diese Geste erzeugt allerdings eine weitere Schicht geopolitischer Reibungen.

Wenn wir einen Schritt zurücktreten und das größere Bild betrachten, erkennen wir, dass sich Russland jetzt schon im Krieg mit Europa und der NATO befindet, etwa durch seine Schattenflotte und die Sabotageoperationen in der Ostsee sowie durch andere zunehmend dreiste hybride Angriffe. Es wird versucht, Schwachstellen innerhalb des transatlantischen Bündnisses auszunutzen. Einige Szenarien gehen davon aus, dass Russland durch einen Angriff auf Polen oder das Baltikum die NATO-Verpflichtungen nach Artikel fünf testen könnte, um jeden Riss in der Geschlossenheit des Westens auszunutzen.

In diesem Kontext wäre es unrealistisch zu erwarten, dass Belarus neutral bleibt, oder zu glauben, der Kreml würde Belarus nicht als Instrument einsetzen,

selbst wenn es diplomatische Abmachungen zwischen dem Lukaschenka-Regime und den USA in Bezug auf eine »Liberalisierung« geben sollte.

Washington muss Vorsicht walten lassen, wenn es daran denkt, sich stärker auf das Lukaschenka-Regime einzulassen. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass Russland Belarus weiterhin als Instrument für hybride oder andere Formen der Aggression gegen die NATO einsetzen wird. Moskaus langfristige strategische Ambitionen gehen weit über die Ukraine hinaus. Belarus ist aus dieser Perspektive kein Sonderfall, sondern integraler Teil einer breiteren Kampagne, mit der der Einfluss Russlands ausgeweitet und die Geschlossenheit des nordatlantischen Bündnisses untergraben werden soll.

Die prodemokratischen belarusischen Akteure versuchen weiterhin, sich auf neue US-amerikanische Prioritäten einzustellen und Bereiche gemeinsamer Interessen auszumachen, in denen eine Zusammenarbeit möglich bleibt. Ungeachtet des Umstandes, dass die neue US-Politik internationale Hilfen und Aktivitäten zurückgefahren hat, zeigt die Existenz eines Verhandlungskanals für humanitäre Fragen, dass selbst inmitten eines strategischen Rückzugs ein sinnvolles Engagement in Bezug auf die derzeitige US-Administration möglich bleibt – auch wenn es eng begrenzt wäre.

*Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder*

#### *Über die Autorin*

*Katsiaryna Shmatsina* lebt in Washington, D.C. und ist als leitende Beraterin und Eurasien-Expertin am Lawfare Institute tätig. Sie gehört zu einer Gruppe von 20 belarusischen Wissenschaftler\*innen, die vom Lukaschenka-Regime in Abwesenheit strafrechtlich verfolgt wurden; der Prozess wurde von Menschenrechtsorganisationen, dem US-Außenministerium und dem Europarat weithin als politisch motiviert eingestuft. Darüber hinaus steht sie auch in Russland auf der Fahndungsliste.

## »Er lebt und wir sind wieder vereint und entschlossen«

Alexander Klaskowski, Artyom Shraibman

### Einleitung von dekode

Sergej Tichanowski sitzt vor zahlreichen Mikrofonen. Immer wieder redet er sich in Rage, zeigt sich kämpferisch, dann bricht er wieder in Tränen aus. Fünf Jahre Haft haben den bekannten Oppositionspolitiker, der Ende Mai 2020 im Vorfeld der damaligen Präsidentschaftswahlen verhaftet und später zu 18 Jahren Haft verurteilt worden war, deutlich gezeichnet. Der hochgewachsene Mann ist auf 79 Kilogramm abgemagert. Seine Tochter habe ihn nicht erkannt, schluchzt er. Seine Frau sitzt neben ihm und ergreift das Wort: »Das ist dein Papa, mussten wir ihr erklären.«

Seit vorgangem Samstag, dem 21. Juni 2025, ist Tichanowski frei. Nach einem Besuch des US-Sonderbeauftragten für die Ukraine und Russland, Keith Kellogg, bei Alexander Lukaschenko in Minsk werden er und 13 weitere politische Gefangene aus der Haft entlassen, darunter auch der Journalist Ihar Karnei und die bekannte Italianistin Natalja Dulina. Die Freude ist überwältigend. In Vilnius, wohin die Freigelassenen gebracht werden, versammeln sich spontan exilierte Belarussen, in den sozialen Medien schreiben viele Freudenbekundungen.

Am gestrigen Sonntag geben Tichanowski und seine Frau Swetlana Tichanowskaja, die Anführerin der Demokratiebewegung, eine gemeinsame Pressekonferenz. Auf die Frage eines Journalisten, ob er jetzt die Oppositionsbewegung übernehmen würde, sagt er: »Swetlana ist die Anführerin. Ich werde keinesfalls irgendwelche Ansprüche erheben.«

Warum setzte Lukaschenko einen der bekanntesten Oppositionspolitiker nun auf freien Fuß? Welche Interessen haben die USA an einer Normalisierung der Beziehungen zu dem Regime in Belarus, die bereits seit Monaten im Raum steht?

Seit Juli 2024 hat Lukaschenko rund 350 politische Gefangene entlassen, es befinden sich aktuell aber noch 1150 in Gefängnissen und Lagern.

dekode hat zwei Auszüge aus aktuellen Analysen von Alexander Klaskowski und Artyom Shraibman aus Pozirk und Carnegie übersetzt, die auf diese Fragen eingehen.

### Pozirk: »Warum hat Lukaschenko ausgerechnet Tichanowski freigelassen?«

2020 schlug Tichanowski wie ein Meteorit in die belarussische Politik ein, rüttelte die Wählerschaft auf, die durch das Regime und die Covid-19-Pandemie am Boden lag. Mit selbstbewusstem Populismus und Durchsetzungsvermögen erinnerte der Blogger an den frühen Lukaschenko. Und wurde in dessen Augen schnell zu einer gefährlichen Figur. Zudem nutzte Tichanowski den bissig satirischen Slogan »Stoppt die Kakerlake!« als Anspielung auf den schnurrbärtigen Regenten. Dazu das kaum weniger beleidigende Symbol eines Pantoffels zur Bekämpfung des böartigen Insekts.

Also hatte das Regierungsoberhaupt mit der Inhaftierung des Bloggers nicht nur einen gefährlichen politischen Rivalen ausgeschaltet, sondern sich außerdem für diese Erniedrigung gerächt. Überhaupt gab es in dem Verhältnis des Regierenden zu Tichanowski viel Persönliches. Doch jetzt handelt Lukaschenko nach dem Motto »Persönlich ist da nichts, alles reines Geschäft.«

Warum hat Lukaschenko von den wichtigen Personen ausgerechnet Tichanowski freigelassen? Außer dem Wunsch, den Amerikanern zu gefallen, erkennen hier einige einen schlaun Plan:

Schließlich ist Tichanowskis Ehefrau Swetlana Tichanowskaja die derzeitige Anführerin der demokratischen Kräfte. Sie hat immer wieder bekräftigt, dass sie nur an Stelle ihres inhaftierten Mannes in die Politik gegangen sei. Doch nun ist der wieder in Freiheit – in Litauen, genau wie sie. Kommt es da nicht vielleicht zu Verstimmungen, lauten Streitigkeiten über »Wer ist denn nun der Herr im Haus« und zu einem Machtkampf in der Opposition? Und wenn die Frau dem Mann gegenüber nachgibt, werden die Mitstreiter der Frau ihn, den Mann, dann einfach akzeptieren?

Zudem ist damit zu rechnen, dass ein Flügel der Opposition an Selbstvertrauen gewinnt und aktiver werden wird, und zwar der, der flexiblere Positionen gegenüber den Machthabern in Belarus vertritt. Das Argument dieses Flügels besteht darin, dass die Sanktionen kein Selbstzweck und kein Fetisch seien, sondern schlicht ein Instrument. Und wenn die Aussetzung oder Unterbrechung solcher Maßnahmen einen Effekt zeige, wie jetzt die Freilassung von politischen Häftlingen, dann müsse man dieses Instrument genau so nutzen.

Außerdem verfiht dieser Flügel die moralische Maxime, dass das Leben und die Freiheit der Menschen höchste Priorität haben und nicht zugunsten von Parolen eines vollständigen Siegs über das Regime beiseitege-

schoben werden sollten. Ein Sieg zeichne sich derzeit nicht ab, die Menschen aber werden gefoltert und sterben hinter den Gefängnismauern. Es reicht zu sehen, wie Tichanowski, der ehemalige Mitarbeiter von Radio Svaboda Ihar Karnei und andere Freigelassene heute aussehen, um zu erkennen, was die Gefangenschaft ihnen angetan hat.  
*Original vom 21.06.2025*

### **Carnegie: »Hat die EU Interesse an einem Dialog mit Lukaschenko?«**

Der Besuch von Trumps Sondergesandtem Keith Kellogg in Belarus war nur möglich, weil er gleich zwei entgegengesetzte Interessen bediente: Einerseits will die Trump-Administration angesichts der festgefahrenen Friedensverhandlungen um die Ukraine die regionale Diplomatie wiederbeleben. Andererseits versteckt Lukaschenko schon lange nicht mehr, dass er sich aus der Isolation der vergangenen Jahre befreien und eine wichtigere Rolle in der Region spielen will. Dafür ist er zu Zugeständnissen bereit, erst recht, wenn nur die allerleichtesten von ihm gefordert werden – die Befreiung politischer Gefangener.

Trotz des offensichtlichen Erfolgs bleibt der Ausgang der Gespräche auch nach Kelloggs Abreise im Dunkeln. Klar, Minsk hat noch genügend Gefangene zum Verhandeln und die USA können weitere Delegationen schi-

cken oder gar ihre Botschaft in Belarus wiedereröffnen. Aber letztlich kann der Prozess nicht nur auf diplomatischen Gesten beruhen. Früher oder später wird Minsk einen Abbau der Sanktionen erwarten. Doch da gibt es eine Hürde – die strengere Haltung der Europäischen Union. Ohne die Aufhebung der europäischen Sanktionen reicht das Abschwächen der amerikanischen nicht, um die wichtigsten Handelswege für Belarus freizugeben.

Bisher gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die EU oder ihre führenden Länder, den USA folgend, wieder einen Dialog mit Lukaschenko suchen wollen. Die dienstlichen Kontakte der Europäer mit Minsk sind nicht abgebrochen, beschränken sich aber auf die Ebene von Diplomaten- und Expertentreffen. Das ist eindeutig zu wenig für die EU-Führungsriege, um sich in der Sanktionsfrage plötzlich auf Washingtons Seite zu schlagen.

Die Position der EU ist hier, wie auch im Fall Russland, härter und unflexibler. Und die Beziehungen zu Belarus sind keine so bedeutende Frage, dass, falls beispielsweise Ungarn oder die Slowakei eine Lockerung vorschlägen, aber Polen und Litauen sich dem verweigerten, irgendwer ernsthaft versuchen würde, Letztere umzustimmen.

*Original vom 22.06.2025*

*Übersetzung von der dekode-Redaktion*

### *Pozirk – Nawiny pra Belarus*

Das belarussische Online-Medium Pozirk – Nawiny pra Belarus (dt. Der Blick – Nachrichten aus Belarus) ist eine Neugründung. Das Team ging aus der Nachrichtenagentur BelaPAN und dem dazugehörigen Online-Medium Naviny hervor. Beide Medien waren im Zuge der Repressionen nach den Protesten im Jahr 2020 blockiert und zerschlagen worden.

Pozirk bietet klassischen unabhängigen Journalismus, der sich mit politischen, gesellschaftlichen, kulturellen oder wirtschaftlichen Themen rund um Belarus beschäftigt.

Website: <https://pozirk.online/by>; Telegram: <https://t.me/pozirkonline>

### *Carnegie Endowment for International Peace (CEIP)*

Der Carnegie Endowment for International Peace (CEIP) ist eine US-amerikanische Denkfabrik mit Hauptsitz in Washington, D.C., welche sich mit Sicherheits- und Außenpolitik beschäftigt.

### *Über die Autoren:*

*Alexander Klaskowski* ist ein belarussischer Journalist und politischer Analyst. In den Jahren der Perestroika war er Chefredakteur demokratischer Medien. Anfang der 2000er Jahre wurde er Redakteur von Naviny.by, einer der ersten belarussischen Internet-Zeitungen. Gegenwärtig ist er Politikexperte beim Projekt Pozirk.

*Artyom Shraibman* ist politischer Analyst, Gründer der Beratungsfirma Sense Analytics und Gastexperte bei Carnegie Endowment. Er ist zudem Kolumnist für Zerkalo.io.

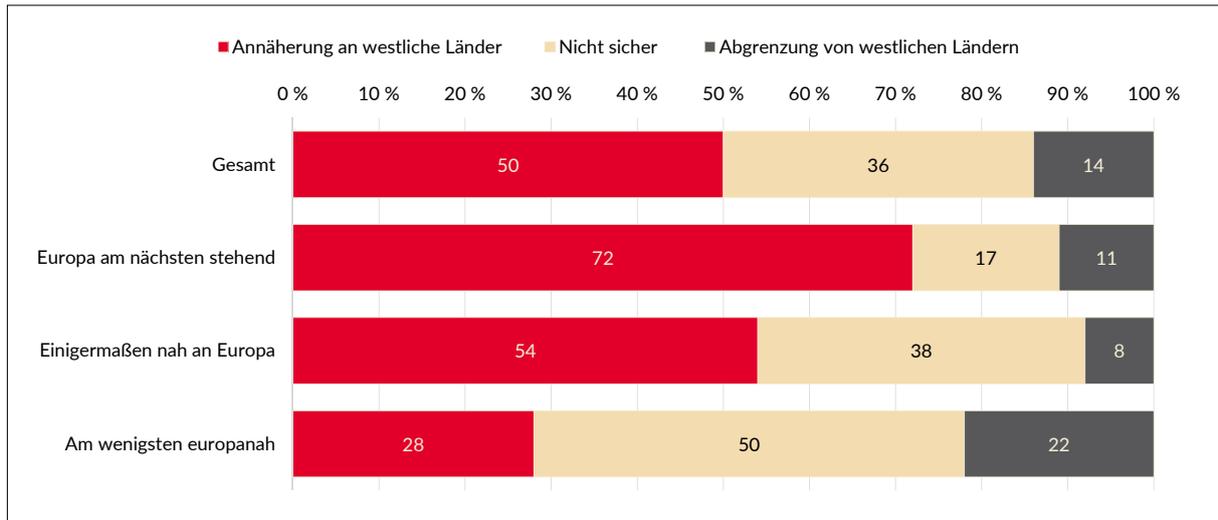
*Der Text wurde am 23.06.2025 von dekode veröffentlicht (<https://www.dekode.org/de/article/belarus-sergei-tichanowski-freilassung>).*

*Wir danken unserem langjährigen Partner dekode für die Erlaubnis zum Nachdruck in den Belarus-Analysen.*

## UMFRAGEN

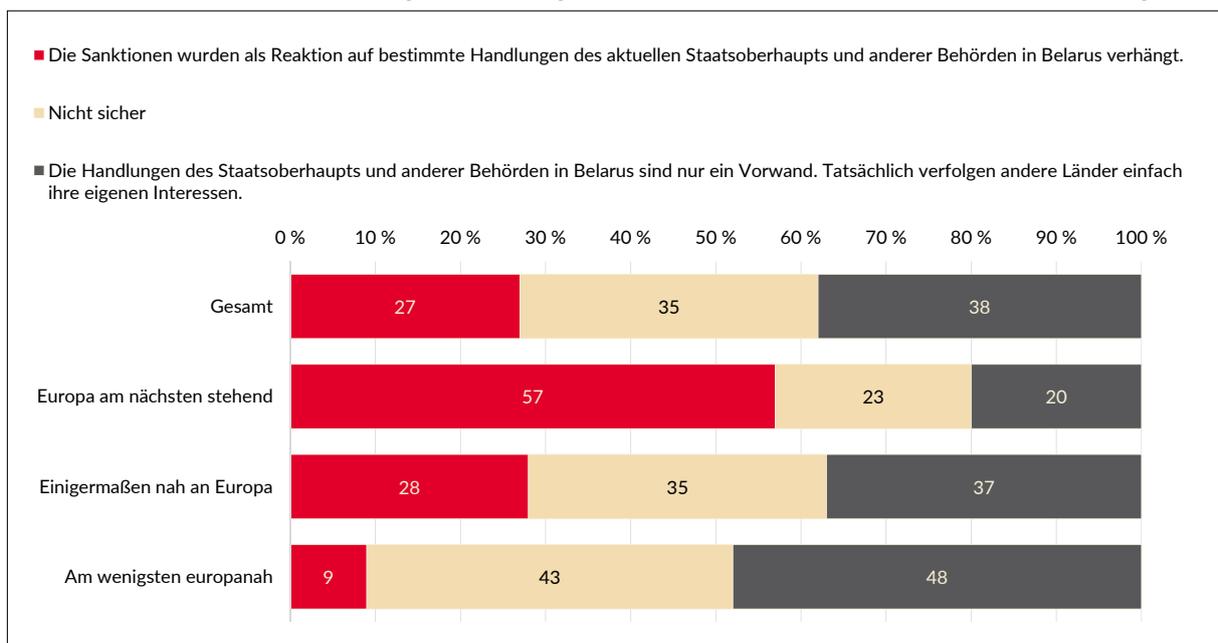
## Einstellung der Belarus\*innen zu Sanktionen

**Grafik 1: Welche Art von Politik gegenüber westlichen Ländern sollte Belarus Ihrer Meinung nach eher verfolgen? (%)**



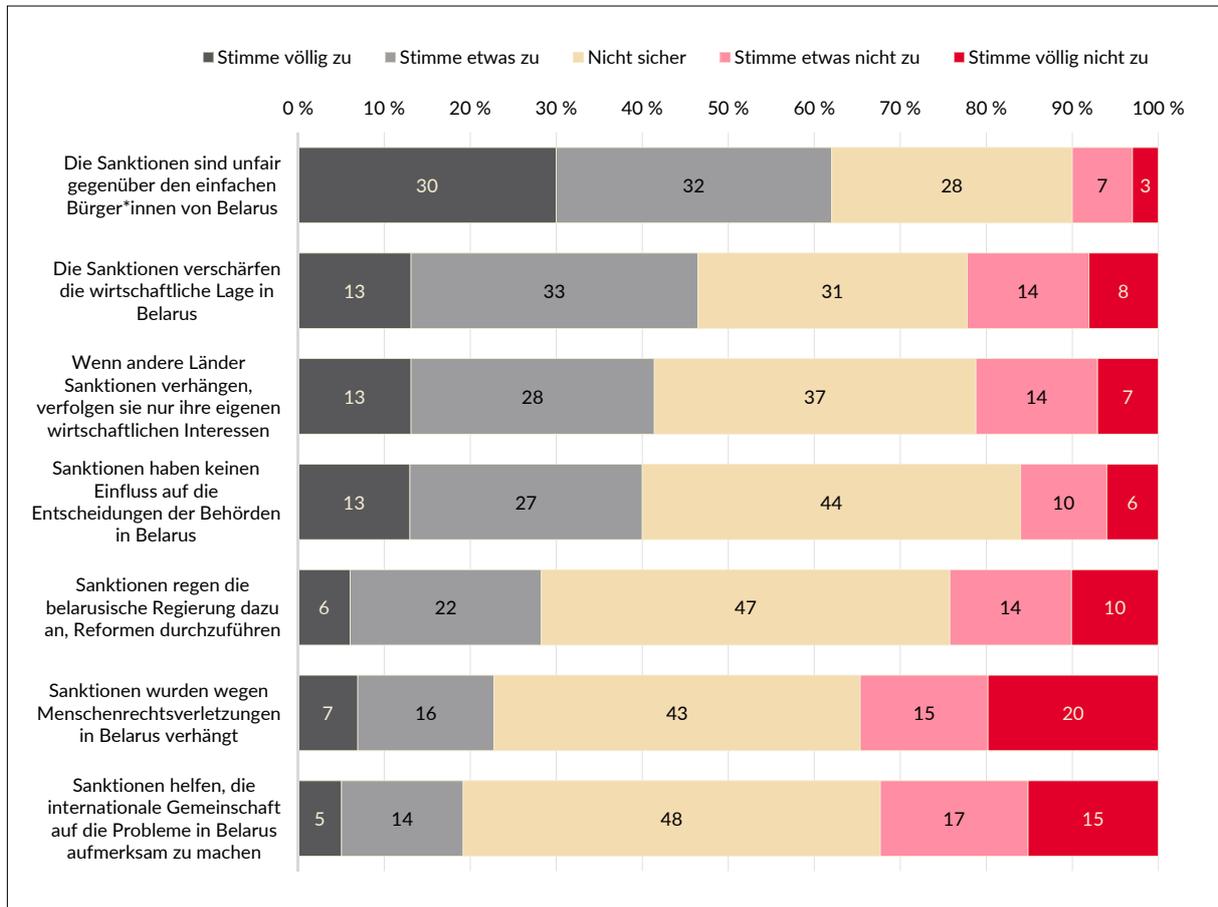
Quelle: *Belarusians' perception of the West and connections with it. Results of a public opinion study conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; p. 24: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWI8X2JMYNLmm8IUEgRZu2qA0uQ/view>*

**Grafik 2: Es gibt unterschiedliche Ansichten über die Gründe für die Verhängung von Sanktionen gegen Belarus. Welche der folgenden Aussagen entspricht am ehesten Ihrer persönlichen Meinung? (%)**



Quelle: *Belarusians' perception of the West and connections with it. Results of a public opinion study conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; p. 25: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWI8X2JMYNLmm8IUEgRZu2qA0uQ/view>*

**Grafik 3: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen sie ab, die sich auf die Sanktionen beziehen, die andere Länder gegen Belarus verhängt haben? (%)**



Quelle: *Belarusians' perception of the West and connections with it. Results of a public opinion study conducted between 28 June and 3 July 2024; Chatham House; p. 26: <https://drive.google.com/file/d/1ROb7iJWI8X2JMYNLmm8IUEgRZu2qA0uQ/view>*

## Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik für Belarus ab dem 14.03.2011 ist verfügbar auf der Seite der Länder-Analysen (<https://www.laender-analysen.de>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/chronik?c=belarus&i=1>.

Die Chronik der Belarus-Analysen wird zusammengestellt aus Meldungen des Telegram-Nachrichtenkanals »@pozirkonline« (ehemals »naviny.by«).

*Die Redaktion der Belarus-Analysen*

### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

### Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)  
Sprachredaktion: Hartmut Schröder  
Satz: Matthias Neumann

### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University  
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund  
Dr. Olga Shparaga, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)  
ISSN 2192-1350 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr  
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>